



Haushaltsrede von Stadtkämmerer Wolfgang Röttgers am 18. Februar 2016

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Ratsmitglieder,

dieser Haushaltsentwurf unterscheidet sich spürbar von den Entwürfen der vorangegangenen Jahre.

Dies ist auch in der Rede von Oberbürgermeister Kämpfer deutlich geworden.

Wir verabschieden den Entwurf aus verschiedenen Gründen später, wir zielen auch für 2016 auf einen deutlich verbesserten Ergebnishaushalt ab, wir legen erstmals als Verwaltung ein mehrjähriges Investitionsprogramm vor, dass wir als verbindlich ansehen, und wir beabsichtigen 272,6 neue notwendige und erforderliche Stellen zu schaffen.

„Nah bei den Menschen“ das sollte und das will Politik auf allen Ebenen sein. In welchem Umfang das gelingt und gelingen kann ist sicher sehr unterschiedlich, wird aber offenbar in den letzten Jahren eher komplizierter und schwieriger. In der Kommunalpolitik glückt dies sicher viel eher als auf anderen Ebenen.

Für sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Stadtverwaltung stellt sich eine solche Frage gar nicht. Sie sind per se nah bei den Menschen, sie sind jeden Tag mittendrin im wirklichen Leben. Mehr als 2000 unserer 5200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind täglich im intensiven Kontakt mit den Menschen in unserer Stadt. Das reicht von der Zuwanderungsabteilung bis zur Stadtbücherei, vom Einwohnermeldeamt bis zum Allgemeinen Sozialdienst, vom Amt für Wohnen und Grundsicherung bis zu den Jugendtreffs und den Kitas, um nur einige Bereiche zu nennen.

Die Kommunalpolitik, also die Fraktionen und die Mitglieder der Ratsversammlung sitzen ja mit uns, der Verwaltung, häufig im gleichen Boot, die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger mit Ihren Wünschen, Erwartungen und Forderungen wenden sich ja nicht selten gleich an beide. Allerdings, bei uns an den Schaltern und in den Ämtern landen sie immer.

Und deshalb will ich als Kämmerer und als Personaldezernent eines herausstellen. Häufig wird über den sicher nicht unbedeutenden Verzehr unseres städtischen Eigenkapitals gesprochen, aber viel wichtiger ist doch: Das eigentliche und wirkliche Kapital der Landeshauptstadt Kiel sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir sind mit jetzt über 5200 Beschäftigten eines der zehn größten Unternehmen im Land. Und kein einziges ist so dicht an den Menschen wie wir in der Stadtverwaltung. Wir müssen trotzdem noch näher herankommen. Häufig kommen die Menschen zu uns mit existenziellen Problemen. Sie erwarten Hilfe von den Ämtern der Stadt, und sie haben einen Anspruch darauf, von uns gute Arbeit erwarten zu können.

Mit einem kritischen Blick auf die Länder und den Bund darf man wohl sagen, dass es dort bei den Verwaltungen so gut wie keinen direkten Kontakt zu den Menschen gibt. Gerechtigkeit, Demokratie und Daseinsvorsorge sind unsere Produkte. Wir in den Kommunen sind es, die täglich die Lebensqualität in Bereichen wie Abwasser, Straßen, Kitas, Baugenehmigungen und Umsetzung von B-Plänen – um nur einige Beispiele zu nennen – produzieren.

Wir gestalten Heimat und Gerechtigkeit. Dafür aber brauchen wir gesunde und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Ihnen täglich auferlegte Arbeit auch bewältigen können. Und damit dies so bleibt, haben wir an zahlreichen wichtigen Positionen neue Stellen geschaffen. Wenn die Kommunalverwaltungen gut ausgebildete und empathische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, dann stärkt das auch unsere Demokratie.

Die Menschen wollen bei uns nicht bürokratisch und nüchtern behandelt werden. Sie wollen mit ihren Sorgen und Anliegen ernst genommen werden. Allerdings muss man einräumen: Der TVöD sieht keinerlei Belohnung für Empathie und täglich starke psychische Herausforderungen vor. Die Kriterien der KGST scheinen das ebenfalls kaum zu kennen. Hier muss sich was ändern.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können stolz sein auf die Leistung, die sie täglich für unsere Gesellschaft erbringen.

Nun konkret zum Stellenplan 2016.

Die Verwaltung legt den Stellenplan auf der Grundlage der von der Ratsversammlung im Jahre 2012 verabschiedeten Grundsätze zum Stellenplan vor.

Konkret beabsichtigen wir in 2016 272,6 zusätzliche Stellen zu schaffen. Allein für die Betreuung von Flüchtlingen sind 135,5 zusätzliche Planstellen erforderlich. Diese verteilen sich hauptsächlich auf das Jugendamt, das Amt für Wohnen und Grundsicherung, die Immobilienwirtschaft und die Zuwanderungsabteilung. Weiter werden 15,5 Planstellen in der Kindertagesbetreuung, 20 Stellen bei den Schulassistentinnen und –assistenten, die vom Land finanziert werden sowie 8,9 Stellen für die Sammelstellen, bei denen es um die buchhalterische Erfassung der in den Organisations-Einheiten anwachsenden Datenmenge geht.

42 weitere Stellen werden im Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt mit 7,6 in der Immobilienwirtschaft, 4 im Stadtplanungsamt, 10,1 im Bauordnungsamt und 18,3 im Tiefbauamt einschließlich der Stadtentwässerung geschaffen.

Dies sind dann insgesamt 221,9 Stellen zu denen weitere 50,7 hinzukommen, von denen 19 auf die Feuerwehr plus Disponenten in der Leitstelle, 8 neue Stellen im Bereich Hilfe zur Pflege und 7 Stellen auf die Bewirtschaftung des Hauses der Athleten im Olympiazentrum entfallen.

Die Personalkosten werden damit nach Mittelwerten um 16,3 Millionen Euro ansteigen, wovon etwa 6,4 Millionen Euro durch Einnahmen gedeckt sein werden.

Es besteht kein Zweifel: Sehr viele der neuen Stellen werden auch zu einer deutlichen Entlastung von häufig überbeanspruchten Kolleginnen und Kollegen führen. Das ist gut so. Und das ist wichtig. Wir müssen die Gesundheit der Beschäftigten noch stärker in den Blick nehmen. Hier helfen die vielfältigen Angebote im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements. Aber nicht allein. Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter ist aufgerufen, die persönliche Verantwortung für seine Gesundheit wahrzunehmen.

Und die Führungskräfte sind aufgefordert, durch Fortbildungen und andere Maßnahmen ihre Fähigkeiten in guter und wertschätzender Führung und respektvollem Umgang weiter zu entwickeln. Um den hohen Krankenstand abzubauen, kann nicht allein auf BGM zurückgegriffen werden. Vielmehr wird es darum gehen, mit dem Konzept eines Anwesenheitsmanagements die negative Entwicklung der letzten Jahre zu stoppen.

Die vorgenannten Leistungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verursachen 2016 einen Personal- und Versorgungsaufwand von rund 263 Millionen Euro. Das sind knapp 27 Prozent der

Gesamtaufwendungen im Ergebnisplan. Aus meiner Sicht ist das gut investiertes Geld in – wie bereits gesagt – für Gerechtigkeit, Demokratie und Daseinsvorsorge. Das können die Menschen in Kiel auch erwarten.

Den größten Kostenblock im Ergebnisplan bilden jedoch mit insgesamt rund 361 Millionen Euro und seit Jahren steigender Tendenz die sog. Transferaufwendungen. Geld, das in Form von Sozialtransferaufwendungen sowie Zuweisungen und Zuschüssen ganz überwiegend direkt bei den Hilfebedürftigen unserer Gesellschaft oder freien Trägern im Bereich der Sozial- oder Jugendhilfe ankommt und für die Kommunen nur sehr eingeschränkt disponibel ist.

In diesem Zusammenhang sei angemerkt:

Die sogenannten freiwilligen Leistungen werden in der öffentlichen Diskussion um die Haushaltskonsolidierung stark überschätzt. Der Blick auf die – klassisch freiwilligen – Aufwendungen für Kultur, Sport sowie Wirtschafts- und Tourismusförderung macht das sehr deutlich.

Diese machen zusammen gerade einmal rund 4 Prozent des Gesamthaushalts aus. Darunter befinden sich wohlgerne auch sämtliche Aufwendungen für die Volkshochschule, die Stadtbücherei, die Theaterförderung und die Bäder. Selbst bei einer – aus meiner Sicht undenkbar – vollständigen Streichung dieser Mittel hätte die Stadt immer noch keinen ausgeglichenen Haushalt! Abgesehen davon, dass ein gutes Leben in einer so „verarmten“ Stadt kaum noch möglich wäre. Gleichwohl ist es notwendig, immer wieder den kritischen Blick auf die freiwilligen Leistungen zu legen.

Nun zur Einnahmeseite des Ergebnisplans.

Mit 947 Millionen Euro nähern wir uns auch in Kiel langsam der Milliardengrenze. Geringere Gewerbesteuererinnahmen als im Vorjahr werden durch höhere Zuweisungen aus dem Finanzausgleich, höhere Erlöse aus Grundstücksverkäufen (Möbel-Kraft) und an anderer Stelle weitgehend ausgeglichen. Und in der Tendenz steigen die Einnahmen insgesamt auch weiterhin. Leider aber, diesen Wermutstropfen kann ich uns allen nicht ersparen, steigen auch die Aufwendungen beständig, sodass wir bisher auch in 2016 von einem Haushaltsdefizit in Höhe von rund 35 Millionen Euro und für die Folgejahre von höheren Fehlbedarfen ausgehen müssen. Das erwartete gute Ergebnis 2015 lässt sich so leider nicht per se in die Zukunft fortschreiben.

Gleichwohl ist ein Fehlbedarf von 35 Millionen Euro vor dem Hintergrund früherer Planungen zumindest als Teilerfolg anzusehen, wenn man bedenkt, dass der „flüchtlingsbedingte“ Mehraufwand in Höhe von etwa 13 Millionen Euro in den alten Zahlen noch gar nicht enthalten war. Unter weiterer Berücksichtigung des Umstandes, dass die Stadt aufgrund der Konsolidierungsvereinbarung mit dem Land auch für 2016 von einer Konsolidierungshilfe in Höhe von ca. 11 Millionen Euro und darüber hinaus auch mit einer Fehlbetragszuweisung von etwa 2 Millionen Euro ausgehen kann – Beträge, die nicht veranschlagt werden dürfen und daher auch nicht im Haushalt berücksichtigt sind – wird der tatsächliche Jahresfehlbetrag nach Abschluss des Jahres 2016 zudem voraussichtlich wieder wesentlich geringer ausfallen als geplant.

Dieser „Lichtblick“ wird sich allerdings nur dann verstetigen lassen, wenn der Kostenanstieg künftig flacher verläuft als der Einnahmeanstieg. Mit anderen Worten, wenn es gelingt, die zusätzlichen Einnahmen nur zum kleinsten Teil - oder am besten gar nicht - wieder auszugeben. Das klingt einfacher, als es tatsächlich ist, weil wie bereits erwähnt, nur ein kleinerer Teil des Gesamthaushalts überhaupt als kurz- oder mittelfristig disponibel anzusehen ist.

Mit dem Grundsatzbeschluss zur Haushaltskonsolidierung wird ein Rahmen vorgelegt, der den Einstieg in einen Konsolidierungsprozess markiert und zu dem es auch keine realistische Alternative gibt.

Es kommt jetzt darauf an, in den nächsten Wochen und Monaten ein Maßnahmenpaket konkret zu entwickeln, das dann mit dem Haushaltsentwurf 2017 verabschiedet wird. Es muss das Ziel sein, in einem sehr überschaubaren Zeitraum das Defizit im Ergebnisplan dauerhaft auf Null zu führen.

Dies können 6, 8, 10 oder auch 12 Jahre sein. Aufgrund der starken Abhängigkeit von Steuereinnahmen, zusätzlichen Aufgaben durch Entscheidungen von Bund und Land und Anstieg der Transferaufwendungen hängt dieses Ziel eben auch stark von Einflüssen ab, die von uns nicht zu beeinflussen sind. Deshalb scheint es mir klug zu sein, für jedes Jahr eine Summe anzustreben, die wir durch festzulegende Maßnahmen erreichen wollen. Und zwar jedes Jahr neu.

Es hilft nichts, uns gegenüber der Kommunalaufsicht mit höheren Summen für Einsparungen übertreffen zu wollen. Aber: Jedes Ratsmitglied ist natürlich aufgefordert, eigene Vorschläge zur Konsolidierung auf den Tisch zu legen. Niemand wird von uns daran gehindert!

Wie es im Begleitantrag heißt, wird es jetzt darauf ankommen, den Plan für die Reduzierung des Defizits konkret in Angriff zu nehmen und die wesentlichen Schritte zu beschreiben. Also: Auf geht's!

Die Kommunalaufsicht hat in den letzten Jahren den Haushalt nur mit Einschränkungen genehmigt. Zuletzt wurden z. B. aufgrund der Vorbelastungen im mittelfristigen Investitionsprogramm die Verpflichtungsermächtigungen von beantragten 36,1 Millionen Euro auf 31 Millionen Euro gekürzt.

Mit dem Haushaltsentwurf 2016 legt die Verwaltung nunmehr ein Investitionsprogramm für 4 Jahre vor, das den Grundbedarf abdeckt, dabei nach unserer Einschätzung auch für die Kommunalaufsicht genehmigungsfähig sein dürfte, und damit erstmalig eine verbindliche Grundlage für den gesamten mittelfristigen Zeitraum bilden kann.

Zugute kommt uns dabei der Verkaufserlös aus dem Verkauf des Grundstücks an die Fa. Möbelkraft in Höhe von 9 Millionen Euro, der in 2016 eine entsprechend geringere Kreditaufnahme ermöglicht.

Aufgrund unserer Gespräche mit der Kommunalaufsicht sind wir zuversichtlich, dass sie uns die Hälfte dieser Summe zur Verwendung für Investitionen zugestehen wird.

Zudem konnten wir in den Gesprächen deutlich machen, dass die Stadtentwässerung im Rahmen der bisher genehmigten Kreditvolumina nicht aufgabenangemessen ausgestattet werden kann. Die Investitionssummen in diesem Bereich sollen daher von bisher 8 Millionen Euro in 2015 jährlich um 2 Millionen Euro bis auf 14 Millionen Euro ab 2018 ansteigen.

Einen weiteren „großen Brocken“, den Neubau des RBZ-Gebäudes 18 c in der Gellertstraße werden wir in Form eines PPP-Projektes in Angriff nehmen, für das ab 2019 Finanzierungsraten eingeplant sind.

Durch das Kommunalinvestitionsgesetz des Bundes fließen zudem bis 2018 insgesamt rund 17,5 Millionen Euro nach Kiel, die schwerpunktmäßig für Investitionen in Schulbaumaßnahmen und Ersatzbauten der Kitas Buschblick und Georg-Pfingsten-Straße verwendet werden.

In Gesprächen mit dem Bildungsministerium ist es dabei gelungen, die Förderfähigkeit der Sanierung des Gebäudes Bau und Nahrung (18 B) am RBZ 1 sicherzustellen. Allein diese Maßnahme im Umfang von 11,5 Millionen Euro wird im Zeitraum von 2016 -2018 mit einem Fördermittelanteil von 10,35 Millionen Euro finanziert.

Die strategischen Schwerpunktbereiche Schulen und Kitas können damit erheblich unterstützt und trotz insgesamt begrenzter Mittel aufrecht erhalten werden. Die Auswirkungen auf das Schulbauprogramm beschränken sich im Wesentlichen auf die zeitliche Verschiebung zweier Mensen.

Weitere wichtige Punkte:

In 2016 wird mit der Verlängerung des Mühlendamms begonnen, Hof Akkerboom wird wieder aufgebaut und wir steigen mit dem Projekt „Elektronischer Workflow“ ein in das Thema E-Government, für das jährlich bis einschließlich 2019 jeweils 380.000 Euro eingeplant sind. Dies bedeutet auf mittlere Sicht:

Diese Maßnahme soll einhergehen mit Prozessoptimierungen, die wiederum die Voraussetzungen für nachhaltige Konsolidierungserfolge schaffen sollen. So schließt sich hier der Kreis zum Ergebnisplan.

Schließlich berücksichtigt die vorliegende Planung auch die Finanzierung des Sport- und Freizeitbades sowie des Kraftwerkneubaus.

Zwei für die Stadt überaus wichtige Vorhaben, die „vor die Klammer“ gezogen werden konnten, gleichwohl aber finanziert werden müssen und den Kreditbedarf erheblich erhöhen.

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, liebe Ratsmitglieder,

zahlreiche äußere Umstände, die wir gemeinsam nicht beeinflussen können, werden auch in den nächsten Jahren unsere Konsolidierungsanstrengungen unterstützen oder bremsen. Von der Zinsentwicklung bis zur Umsetzung von Versprechungen der Bundesregierung zur Unterstützung verschuldeter Kommunen.

Das mit Sicherheit gute Ergebnis 2015 war von Glück begleitet. Dahinter steht aber auch die dauerhafte Anstrengung vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an der Vorbereitung auch dieses Haushaltsentwurfes beteiligt waren. Dafür mein herzlicher Dank.

Lucky punch, war der Begriff, der das gute Ergebnis 2015 relativierte.

Ich hoffe, dass trotzdem zu den gemeinsamen Konsolidierungsanstrengungen auch in den nächsten Jahren immer wieder ein kleinerer oder größerer Lucky punch dazu kommen möge, den wir für die Weiterentwicklung unserer Stadt und der Infrastruktur so gut gebrauchen können.

Vielen Dank!

